



### Startgedanken

Kerstin Kaiser

#### Fraktionsvorsitzende

Wo stehen wir mit dieser Koalition? Noch dreieinhalb Jahre Arbeit liegen vor uns - der größere Teil der Legislaturperiode. Viel Zeit noch, um Gutes zu tun. Doch diese dreieinhalb Jahre sind auch die schwierigeren. Mit dem Haushalt 2011 haben wir eine Strategie dafür entwickelt und umgesetzt: „Soziale Verantwortung mit weniger Geld“. Jetzt muss das wieder gelingen - in einem engeren Haushalt trotz scheinbar günstiger Steuerschätzung. Viel ist geschehen: Mehr Personal für Kitas und Schulen, das Schüler-BAföG. Das Vergabegesetz ist auf dem Weg, die Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion. Für all das brauchen und wünschen wir uns eine kritische, aufmerksame, ideenreiche Opposition. Doch die wird leider Opfer eines Dämons, den sie selber erfunden hat: Wo die Oppositions-Alternativen für Brandenburg als Zukunftsland fehlen, wird es zum Stasi-Land herunter geredet.

# Zwischen Recht und Gerechtigkeit

STEFAN LUDWIG

Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender



Zu den Konsequenzen aus der aktuellen Stasi-Debatte hatten die Bündnisgrünen eine Aktuelle Stunde beantragt. Angeblich würden im Land immer neue, teilweise schwerwiegende Fälle in der Vergangenheit diskutiert. Dieser Vorwurf ist nicht haltbar, denn diejenigen, die als Richter oder Staatsanwalt in den Dienst des Landes übernommen werden wollten, sind vor ihrer „Ernennung auf Probe“ auf eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit überprüft worden. Neben einer Analyse ihrer Beteiligung an Gerichtsverfahren wurden auch die Unterlagen aus der Erfassungsstelle in Salzgitter einbezogen. Auf dieser Grundlage trafen die Richterwahl- und Staatsanwaltsberufungsausschüsse sorgfältig ihre Entscheidungen.

#### Neuere Ergebnisse schon erfasst

Waren sich zwei Drittel des Gremiums sicher, dass keine schwerwiegenden Ausschlussgründe vorlagen, wurde der Betroffene übernommen.

Als es um eine Übernahme auf Lebenszeit ging, erhielt der Richterwahlausschuss auch die neuen Überprüfungsergebnisse

weit nach 1990. Wollte jemand befördert werden, gab es eine weitere Prüfung. Selbst die Erkenntnisse aus den sog. Rosenholz-Dateien wären bei einer Relevanz einbezogen worden. Denn die Birtler-Behörde war bis zum 28.12.2006 gehalten, auch ohne Anfrage dem Land Erkenntnisse mitzuteilen. Solche Mitteilungen sind nicht erfolgt. Deshalb kann auch derzeit nicht die Rede davon sein, dass Brandenburg ein Problem mit einer stasibelasteten Justiz hat. 13 RichterInnen wurden im Wissen um einen solchen Hintergrund eingestellt. Das genügt offenbar, um die 900 Brandenburger RichterInnen unter Generalverdacht zu stellen. Trotz reißerischer Berichterstattung gibt es bisher keine neuen belastenden Tatsachen über eine verschwiegene Zusam-

menarbeit. Bei der Polizei ist das offenbar anders. Eine öffentliche Karriere unter Vortäuschung falscher Tatsachen gibt es nicht und darf es nicht geben. Sonst würde das Vertrauen der Menschen in die demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen beschädigt werden. Wer es anders versucht, gehört nicht in demokratische und rechtsstaatliche Verantwortung. Die Opfer bleiben sensibel dafür, ob Menschen, die an Rechtsverletzungen beteiligt waren, heute wieder Repressionsmaßnahmen einleiten könnten. Die Opfer haben zuallererst Anspruch auf Aufarbeitung.

#### Namen-Jagd anstatt Aufarbeitung

Doch wird ernsthaft an Aufarbeitung gearbeitet? Die Debatten der vergangenen Monate zeigen vielmehr: Hier werden nur Namen gesucht und Menschen zur Schau gestellt. So schadet man dem Einzelnen und dem Land Brandenburg. Zehn Jahre lang hat die CDU in Brandenburg mitregiert. Gab es in dieser Zeit keine Erkenntnisse in den beiden CDU-geführten Ministerien des Inneren und der Justiz? Der Rechtsstaat verlangt, dass bei neuen Erkenntnissen Entscheidungen überprüft werden. Aber eben nur dann.

Die CDU will mit ihrem Agieren dieses rechtsstaatliche Prinzip dagegen offenbar aushebeln.



## Rot-Rote Koalition will Pflege-Versorgung für die Zukunft sichern



IRENE  
WOLFF-MOLORCIUC

Seniorenpolitische  
Sprecherin



Brandenburg muss sich rechtzeitig auf eine stark wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen einstellen. Heute leben in Brandenburg etwa 90.000 zu Pflegenden, in 20 Jahren werden es 131.000 sein. Eines der Hauptprobleme ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. In der Altenpflege ist die Arbeitsbelastung hoch, die Arbeitszeiten ungünstig. Das Einkommen aber

ist vergleichsweise gering (in Vollzeit ca. 2.000 Euro brutto). Weil anderswo besser bezahlt wird, haben wir mit der Abwanderung von Fachkräften zu kämpfen. Völlig klar ist: Die Altenpflege muss als Beruf attraktiver werden. Die Koalition hat bereits beschlossen, akademische Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten zu schaffen. Das eröffnet berufliche Aufstiegsmöglichkeiten.

### DIE LINKE für Umlagefinanzierung

Um den Fachkräftebedarf zu sichern, wird immer wieder die Einführung der Umlagefinanzierung gefordert. Damit rennt man bei der LINKEN offene Türen ein. Mit dem

derzeitigen Altenpflegegesetz des Bundes ist das allerdings nur schwer umzusetzen. Es genügt nicht, einen Mangel an Fachkräften nachzuweisen. Sondern es muss ein nachweislicher Mangel an Ausbildungsplätzen in der Branche herrschen. Doch davon gibt es derzeit in Brandenburg genug. Stattdessen macht es Probleme, die jährlich angebotenen 400 bis 500 Plätze überhaupt zu besetzen.

### CDU setzt auf Populismus

Die Koalition hat deshalb die Landesregierung aufgefordert, mittels einer Studie aussagekräftige Daten für die künftige Entwicklung zu erheben. Dies kann und soll dazu beitragen, die Ausbildungsumlage rechtssicher einzuführen.

Es helfen keine populistischen Schnellschüsse, wie sie, einmal mehr, die CDU fordert. Denn eine Ausbildungsumlage ohne verlässliche Datenbasis würde vor Gericht kassiert.

## Energiewende braucht mittelfristig Ausstieg aus Kohleverstromung

THOMAS DOMRES

Energiepolitischer  
Sprecher



Ein weit verbreiteter Mythos hat seit Fukushima wieder Hochkonjunktur: Erneuerbare Energien (EEG) allein könnten unseren Energiebedarf auf absehbare Zeit nicht decken. Atomausstieg und der gleichzeitige, mittelfristige Ausstieg aus der Verstromung von Kohle seien nicht zu verantworten. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Studie des Umweltbundesamtes und weitere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen: Sogar eine vollständige Deckung des deutschen Strombedarfs bis zum Jahr 2050 durch EEG ist möglich.

### Flexible Kraftwerke notwendig

Bis dahin sind die Erneuerbaren Energien durch neue Kraftwerke zu ergänzen. Die stellen in Zeiten von Windflauten rechtzeitig Strom bereit und drosseln in Zeiten,

in denen viel Wind weht, ihre Produktion möglichst kurzfristig. Das können etwa flexible Gas- und Dampfkraftwerke. Dazu sind weder Atom- noch Kohlekraftwerke technisch und wirtschaftlich in der Lage. Deshalb sind sie nicht nur überflüssig, sie werden sogar zum Hemmnis für den weiteren Ausbau der EEG.

Fragen zur Arbeit der Fraktion ?

Einfach **L** - Infotelefon anrufen:  
0331 / 966-1544

Dies ist bei weitem kein Widerspruch zum Koalitionsvertrag. Denn dort heißt es: „Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist solange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann.“ Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn drei Voraussetzungen stimmen:

### Der Ausbau der Erneuerbaren Energien

darf nicht behindert werden

■ Die Steigerung der Energieeffizienz wird voran getrieben

■ Energie muss eingespart werden

Dazu sind in erster Linie verlässliche Rahmenbedingungen notwendig. Gleichzeitig müssen die Netze ausgebaut und neue Speicherkapazitäten für EEG geschaffen werden. Das sollte von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen werden. Zwar ist die Akzeptanz für Erneuerbare Energien bislang grundsätzlich sehr hoch. Doch kommt es vor Ort „zum Schwur“, finden sich nur allzuoft Kritiker. Damit die Auswirkungen einer zukunftssicheren, zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammenden Stromversorgung akzeptiert werden, ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs notwendig. Besonders wichtig: Alle Alternativen müssen transparent und fair gegenübergestellt werden. Einzelinteressen müssen bei dieser uns alle betreffenden Zukunftsfrage klar dahinter zurückstehen.

## INTERVIEW Inklusion: Vielfalt als Chance begreifen

Die Zukunft der Bildung in Brandenburg beschäftigt viele Menschen. Insbesondere über die so genannte Inklusion sprach **LINKSDRUCK** mit der Bildungsexpertin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Gerrit Große (MdL).



### **LINKSDRUCK:** Vor welchen bildungspolitischen Problemen steht Brandenburg aus Ihrer Sicht?

**Gerrit Große:** Uns beschäftigt das Thema inklusive Schule im Moment sehr.

### **Der Begriff Inklusion ist gegenwärtig in aller Munde. Wie stehen Sie dazu?**

Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für Deutschland

rechtlich bindend. Wir

stehen vor der Aufgabe, eine

inklusive Gesellschaft zu schaffen, die Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert. Die Bildung spielt in diesem Prozess eine zentrale Rolle.

Eine inklusive Schule unterscheidet sich von der gegenwärtigen Schule dadurch, dass alle Kinder gemeinsam lernen. Dass allen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln. Inklusion rückt die unterschied-

lichen Bedürfnisse aller Lernenden in den Mittelpunkt. Sie begreift Vielfalt als Chance für Lern- und Bildungsprozesse.

### **Wie sieht Ihrer Meinung nach der Weg zu einer inklusiven Schule aus?**

Voraussetzung für ein Gelingen ist ein Umdenken in den Köpfen der Menschen. Vorurteile, Zweifel und Ängste müssen ausgeräumt werden. Inklusive Schule kann nicht von oben verordnet werden.

Alle Beteiligten müssen von ihren Vorzügen selbst überzeugt sein. Sie muss von unten wachsen – von der Kita bis hin zum Gymnasium. Außerdem müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen her – die Lehrkräfte müssen befähigt werden, alle Kinder individuell zu fördern und zu fordern. Dazu braucht es eine Fortbildungsoffensive und Veränderungen in der Lehrerbildung. Es werden ausreichend Sonderpädagogen benötigt. Nicht zuletzt ist eine entsprechende räumliche Ausstattung zu schaffen – Barrierefrei-

heit, Rückzugsräume, kleine Räume zur individuellen Förderung und weiteres. Dafür müssen zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

### **Welche Vorstellung haben Sie, hat DIE LINKE-Fraktion über die zeitliche Dimension dieses Prozesses?**

Die Schaffung einer inklusiven Schule ist keine Tagesaufgabe. Sie wird nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte dauern. Es ist ein umfassender Reformprozess. Er bedeutet in der Konsequenz auch eine Überwindung des gegliederten Schulsystems. Das ist ein Prozess, der nur gelingen kann, wenn er gut konzipiert, verantwortungsvoll in Angriff genommen wird – und langsam, behutsam, Schritt für Schritt umgesetzt wird.

Den **L** im Internet lesen

Abo kostenlos per RSS-Feed:

[www.dielinke-fraktion.brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de)

## Bürgernähe und Transparenz der Polizei wird gestärkt

**DR. HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG**

Innenpolitischer Sprecher



Alle PolizistInnen in Brandenburg werden ab 2013 grundsätzlich ihren Namen an der Uniform tragen. Es gibt dann eine grundsätzliche namentliche Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen im Polizeigesetz. Damit wird die Bürgernähe weiter gestärkt. Ausnahmen soll es bei besonderen Einsätzen geben. Dann wird der Name durch eine Nummer ersetzt. Brandenburg schafft damit als erstes Bundesland in der Bundesrepublik Voraussetzungen, die in den meisten

europäischen Staaten schon gegeben sind.

### **Forderung der LINKEN wird erfüllt**

Das Vorhaben der Kennzeichnungspflicht war durch Bestreben der LINKEN in den gemeinsamen Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Im Zusammenhang mit dieser Gesetzesänderung wurde ein Entschließungsantrag beschlossen. Darin ist die Landesregierung

aufgefordert, zwei Jahre nach der Einführung der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht einen Bericht über Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit dieser neuen Regelung vorzulegen.

### **Gewerkschaften werden einbezogen**

Gleichzeitig wurde festgelegt, bei der Erarbeitung der Verwaltungsvorschrift zu der Kennzeichnungspflicht die Polizeigewerkschaften einzubeziehen.

**MAJA MUSTERFRAU**  
Kommissarin





Beim „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ war auch der sportpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Einsatz: Dieter Groß (r.), wünschte der Fußball-Partie „Pritzwalk trifft Schenkenberg“ einen guten Verlauf.  
Foto: DIE LINKE LTF BRB



Die Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Kerstin Kaiser, las in Strausberg zum Gedenken am Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis. Diese hatten am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Bebel-Platz ihnen unbequeme Literatur auf einer Art Scheiterhaufen verbrannt.  
Foto: DIE LINKE LTF BRB

## Chaos beim Krankenkassen-Wechsel

BIRGIT WÖLLERT

Gesundheitspolitische Sprecherin



Nach der Insolvenz der City-BKK haben die Medien über chaotische Zustände berichtet. Versicherte, die in eine andere Krankenkasse wechseln wollten, wurden abgewimmelt oder auf die lange Wartebank geschoben. Da ist skandalös und rechtswidrig. Völlig zu recht hat deshalb das brandenburgische Gesundheitsministerium gegenüber den Kassen klargestellt, dass Versicherte nicht abgelehnt oder auf entlegene Geschäftsstellen verwiesen werden dürfen. Jeder Versicherte muss seine Wahl uneingeschränkt

ausüben dürfen.

Der Schutz der Versicherten ist das eine.

### Fatale Politik von Schwarz-Gelb

Die Umstände werfen aber auch ein Schlaglicht auf eine verfehlte Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb. Insbesondere zeigt sich: Der politisch initiierte Kassenwettbewerb ist unsozial und kein geeignetes Steuerungsinstrument der Gesundheitspolitik. Der Gesundheitsfonds ist bewusst so ausgestaltet, dass die Ausgaben nicht gedeckt werden. Zusatzbeiträge sind politisch gewollt. Dies ist über kurz oder lang keine Frage der einzelnen Kasse und ihres Managements. Es geht Schwarz-Gelb darum, immer mehr Kosten aus der solidarischen Finanzierung auf das private Risiko abzuwälzen. Dieser Weg ist sozialpolitisch verhängnisvoll.

Nach langwieriger Parkplatzsuche kam plötzlich das Glück: Ein für mein Empfinden riesiger Mercedes fuhr aus einer Parklücke. Der Fahrer ließ die Scheibe runter und sagte mir mit einem Lächeln: „Ist noch bis 17:43 Uhr“. Das hat mich erstaunt. Aber der Fahrer, der mir den Parkschein gab, war der Trainer von Energie Cottbus. Ich konnte nur stammeln und sagen, dass ich mir Sonntag das Spiel ansehe. Mache ich wirklich, mein Jüngster will es. Den Schein werde ich niemals wegwerfen, mein Jüngster will es nicht. Der Schein erinnert mich: So wünsche ich mir ein nettes und unkompliziertes Miteinander. Der Trainer kennt mich nicht. Das ist egal. Er weiß auch nicht, das wir ein Schicksal haben, ein Kind mit Behinderungen. Für mich strahlt er Zuversicht, Menschliches aus. Das merke ich mir. Danke, Trainer. **JÜRGEN MARESCH**

## ++ FRAKTION KOMPAKT ++

### Deutsch-polnisches Treffen

Das Präsidium des Landtages unterstützte den Vorschlag der Koalitionsfraktionen: Im zweiten Halbjahr 2011 wird es in Potsdam aus Anlass des 20. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages ein Treffen von Landtagsabgeordneten aus der Grenzregion geben. Im Ergebnis dieses Treffen wollen wir eine regionale deutsch-polnische Parlamentariergruppe bilden. Sie soll die Bemühungen um die Entwicklung der Oderpartnerschaft in den vier deutschen Ländern und vier westpolnischen Woiwodschaften unterstützen.

**GERLINDE STOBRAWA**

## Im Havelland auf Tour

Von A(mtsdirektoren) über K(inder- und Jugendparlament) bis Z(ehn) Millionen Euro für nachhaltige touristische Förderung: Es war „volles Programm“ für Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und Christian Görke (Wahlkreis-MdL, DIE LINKE) auf der „Kreisreise“. Mit dabei war auch DIE LINKE-Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (MdB). Neben Unternehmensbesuchen ging es auch um das Thema Erdverkabelung. Auch das Kinder- und Jugendparlament in Rathenow und die „Krabbelstube“ des Kleeblatt e. V. erhielten Besuch. Ebenso das Lokal-TV sowie der Optikpark. Den Abschluss bildete ein Bürgerforum in Rathenow, unter anderem mit Extra-Gast Diana Golze (MdB, DIE LINKE).



Beim Kleeblatt e.V.: (m., r.: C. Görke, K. Kaiser. Foto: DIE LINKE LTF BRB)

## IMPRESSUM



Herausgeberin:  
**Fraktion DIE LINKE  
im Landtag  
Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam**

### Redaktionsgruppe:

Sven Rosig (Leitung)  
Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505  
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Portraits; 1.Foto: Trialon DiG; misterQM/photocase  
Satz, Layout,

Grafik, Montage: Sven Rosig

Auflage & Druck: 10 000 Stück, Gieselmann Druck  
Medienhaus Potsdam-Rehbrücke

V.i.S.d.P.: Christian Görke (MdL)

[www.dielinke-fraktion.brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de)